

Auf dem Weg in die Bundesrepublik



Broschüre „Unser Nein zu Bonn - Unser Ja zu Deutschland“

Am 23. Mai 1949 trat eine neue vorläufige Verfassung für einen westdeutschen Bundesstaat in Kraft. Als einziges Land hatte Bayern dem Grundgesetz seine Zustimmung verweigert, weil es den föderativen Staatsaufbau darin unzureichend berücksichtigt sah. Die CSU gab eine 16seitige Broschüre mit dem Titel „Unser Nein zu Bonn - Unser Ja zu Deutschland“ heraus, um darin der Öffentlichkeit ausführlich die Gründe für die ablehnende Haltung zu erläutern. Gleichzeitig bekannte man sich ausdrücklich zum neuen deutschen Bundesstaat.

Als Termin für die ersten Bundestagswahlen wurde der 14. August 1949 festgesetzt. Am 7. September 1949 traten der 1. Deutsche Bundestag und der Bundesrat zusammen. Am 12. September wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum Bundespräsidenten und am 15. September erfolgte die Wahl Konrad Adenauers (CDU) zum Bundeskanzler, der sein erstes Kabinett aus Vertretern der CDU/CSU, FDP und DP bildete. Als Reaktion auf die Gründung der Bundesrepublik wurde am 7. Oktober 1949 die DDR gegründet.



Plakat „Ich bin Christ/bin Bayer und Deutscher“ (Bundestagswahl 1949)



„Der Spitzenkandidat der CSU“ in: CSUnion Nr. 2 vom 29. Juli 1949



Protokoll des Landesauschusses der CSU vom 16.7.1949 in München

Am 20. Juni 1948 wurde in den drei Westzonen eine Währungsreform durchgeführt. Gegen Vorbehalte der SPD, die in einer staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik die einzige Lösung der wirtschaftlichen Probleme sah, konnte Ludwig Erhard zusammen mit führenden Persönlichkeiten der Union das Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft durchsetzen. Die bereits spürbar gewordenen wirtschaftlichen Erfolge dieses Konzepts trugen 1949 zum Wahlsieg der Union bei.



Plakat „1947 Hunger-Not-Elend 1949 Vorwärts! Aufwärts! Der Erfolg der CSU“ (Bundestagswahl 1949)



Plakat „Kampf dem Sozialismus“ (Bundestagswahl 1949)



Plakat „Die Rettung: CSU“ (Bundestagswahl 1949)

Ereignisse wie die 1946 erfolgte Vereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der sowjetischen Besatzungszone oder die von 1948 bis 1949 dauernde Blockade Berlins durch die Sowjetunion wurden als Anzeichen einer kommunistischen Unterwanderung der SPD sowie als Bedrohung der freien Welt und Deutschlands empfunden und in den Wahlkämpfen jener Jahre thematisiert. Die CSU, als Alternative zu der bereits im kommunistischen Würgegriff befindlichen SPD, warnte eindringlich vor den Gefahren sozialistischer Politik für Bayern.

